

Saale-Beitung.

werden die Spaltenzeit oder deren Raum mit 20 Pfg., falls aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von untern Kunsthochschulen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Seite 75 Pf. Ersetzen wöchentlich postpaid; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auschl. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im ausländischen Zeitungsbereich unter Nr. 6553 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich:
Max Schorze in Halle.
Erscheinenszeiten den 10/1, bis 12/1 Uhr.
(Herausgeber: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.)

Schwebrechtlicher Jahrgang.

Nr. 261.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 7. Juni

1902.

Politische Wochenschau.

Von den Zinnen der Marienburg herab wehen die Fahnen und Panzerbläser auf den Thürmen begrüßen einen Reichstag prächtig gekleideter Johanniterkrieger! In die Tempelgänge mischt sich das Gelächte der Wägen, und die Ritter, in roten Gewändern mit schwarzen wappenden Mänteln darüber, schreien durch den, Spalier stehenden Troß, der mit Schwertern und Lanzen ausgerüstet ist. Ueber die Zugbrücke geht ihr Weg durch den Zwinger in den Kapitulalaal, von wo man sich nach kurzem Aufenthalt zum Gottesdienste begibt. Hier redenhafte Gestalten in Rüstungen des deutschen Ordens, das schwarze Kreuz auf dem weißen Mäntel, gehen dem Kaiser und dem Prinzen Albrecht von Preußen voran. Der Kaiser, als Formelkaiser trägt den schwarzen Mäntel mit Hermelin besetzt und einen schwarzen Hut auf dem Haupte, den weiße Federn schmücken. Hier tragen die schwarze Schleppesamt Mantels. So betritt, wie in den alten vergangenen Tagen der Ritus der deutschen Orden, der eigenartige Zug die Fliesen der hohen Kirche, und der Kaiser nimmt im Hofmeisterstuhl Platz. Und nach der feierlichen Handlung begeben sich die deutschen Ritter und ihre Gäste, die aus fremden Ländern zur Marienburg aufgefunden waren, in die Gasthäuser, wo sie ihre Plätze an der Tafel angewiesen bekommen. Der Hofmeister spielt feierliche Weisen und das Bankett nimmt seinen Anfang. Der Hofmeister erhebt sich zu einer Ansprache an die Ritter, in der er des Ordens Leistungen lobt und seine Ritter ermahnt, weiter deutsche Sitte und Art zu wahren: „Politische Uebermuth will dem Deutschland zu nahe treten und ich bin gezeugnen, Mein Volk aufzurufen zur Wahrung seiner nationalen Güter.“

Beschwerden ist mit diesen Worten das Bild, das laienlicher Mitleid zu neuem Feuer entfacht, vor der rauben Wirklichkeit. Ein Mißklang entsteht. Man sieht unter den Höden der Troßknecht Soldaten des 10. und 10. vierten Infanterieregiments verstreut und aus den Trachten der Ritter sehen die Gesichter hervor, die kurz vorher im politischen Leben der Gegenwart einen Kampf gegen über für die Normale, die Brennfeuervorlage oder die Brüsseler Zerkonvention ausfochten. Die breiten Schwerter an der Hüfte führen dabei nicht aus der Scheide: mit Worten und Gründen im Parlament, oder durch die Presse wird hier gefämpft. Und diesen Gegenlag zwischen Wirklichkeit und Romantik kann auch der Besch der Kaiser nicht beilegen. Der Kaiser hat gegen die Polen zum Kampfe aufgefordert; er hat gesprochen. Ob er es that, weil sein Vergleich mit früheren Zuständen im Deutschen Reich so gut in den Rahmen des ganzen Festes zur Ordensfeier der wieder-vorgehenden Marienburg paßt, ist dabei gleichgültig. Er hat zur Kolonisation des Welt genommen und wir können uns zu jeder Zeit daran erinnern.

Die Polische Vorlage wurde im preussischen Landtage mit großer Mehrheit angenommen, nachdem in einer fürmlichen Debatte politische Annahme in den Parlamenten und vor allem in ihrer Presse die Regierungstreue zu sehr scharfen Worten veranlaßt hatten. „Wir müssen den Schleier einmal vor dem Lande lüften über die ganze politische Agitation“, rief Herr v. Rheinbaben aus, indem er politische Kritik gegen die Deutschen gebachte, die ischließen: „Schlagt los auf die Hundekette!“ Die interpellierten Minister v. Schönstedt und v. Hammerstein wiesen gleichfalls die Polen in die gebührenden Schranken zurück, erklärten indessen auf seine Rede im Januar 1898 verwies. Nun, an deutlichen Neben, die Polen zur Nation zu bringen, hat es nicht gefehlt. Damit ist aber nicht viel erreicht. Nach der Annahme der Vorlage kommt es auf die Ausführung des Gesetzes an. Hoffentlich werden nicht preussischer Bureaukratismus den guten Kern der Sache, hoffentlich bringt nicht „Schnelligkeit“ am falschen Platz Erbitterung statt Frieden, hoffentlich gedankt man den Kulturarbeit des deutschen Vaters in den Ueberweisungen des Ansehensfonds und vermeht nicht einen der wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Landes feindlichen Großgrundbesitz! Ebenfalls an gewisse historische Perioden der Vergangenheit gemahnt die Aufhebung des Adels, der Großgrundbesitzer, gegen die Regierung. Hat doch Freiherr v. Wangenheim unter dem Beifall seiner Genossenschaft genossen gesagt, daß das von Hohenzollern auf die durch Jahrhunderte aufgeschauelte Vertrauen in den letzten zehn Jahren vergebend worden sei! Uns interessiert angeht dieser Meinung hauptsächlich das weitere unbefruchtete Liebeswerben der Regierung um die Gunst ihrer einzigen Agrarier. Zwar hat Graf Bülow im Landtage die Rede start „brüsst“, wie ihre Presse sich auszubringen beliebt, und es ist nicht zu leugnen, daß auch sonst bei den Parteien allgemeines Erlaunen, das sich aber in Befehl auflöste, der unermesslichen That folgte. Leider aber hat Graf Bülow schon am nächsten Tage im Reichstage neue Liebesgaben an die Brandweinbrenner verteilt. Graf Bülow hält nicht durch, er ist darin kein echter Meßlenburger. Er ist der Mann des Augenblicks, des Einfalles, mehr Feuilletonist als Realist, der Mann des französischen „clan“. Eine Konzentration für den Moment, eine erregte Anspannung aller Kräfte nach einem Punkte hin, nun mit Savour drauf los! Geling's, dann „Vive l'empereur“, und war der erste Vorstoß vergebens, folgt die Deroute. Auf Bülow angewendet: der Bankrott.

So ist denn die Brandweinbrennervorlage vom Reichstag in dritter Lesung angenommen worden. Die agrarischen

Gutsbrenner sind wieder begünstigt und eine wirklich wirtschaftlich-werthvolle Ausnutzung des Brennspiritus zu technischen Zwecken, Heizungsanlagen usw. ist damit nicht ermöglicht worden. Welch wichtige nationalökonomische Frage hat man hier in wenig verständiger und einseitiger Weise beantwortet! Nebenbei sei erinnert, daß auch der Kaiser sich für die Einführung des Spiritus zum Heizen der Schiffschiffe ausgesprochen hatte.

Ungewöhnlich noch das Schicksal der Zudersteuer-vorlage. In schlimmen Befürchtungen muss immerhin der Beschluß der Kommission, die ihre erste Lesung beendet hat, Anlaß geben, worauf gegen den Willen der Regierung und die Stimmen der Freireichlichen und des Centrum's die Verbrauchsabgabe von 16 auf 12 Mark herabgesetzt wurde. Trotzdem sind die Ansichten auf Annahme der Brüsseler Konvention nicht so unglücklich, wie es auf den ersten Blick scheint. Die zweite Lesung wird eine Lösung der Zudersteuerfrage bringen. Denn die Nationalliberalen werden voraussichtlich auf die Seite der Regierung hinübergehen, wenn das „Mannheimer“ aufrecht erhalten wird. Außerdem scheint die Regierung eine Verschleppung oder Ablehnung der Brüsseler Konvention nicht zu dulden. Eine verheerende Drohung mit Reichstagsauflösung klingt aus ihren letzten Verurteilungen hindurch. Wenn man doch erst in deutschen Gängen wieder laufen dürfte: die Regierung will oder will nicht, statt sich eins zu molten oder nicht zu molten.“

Die Buren haben dagegen in Vereinigung mit feiner Stimme entschieden gegen Unabhängigkeit und Volksthum: „Die Rasse muß erhalten bleiben!“ Das war das Urmotiv für ihre Unzufriedenheit. Sie unterzeichneten den Vertrag, der sie zu „britischen Unterthanen“ machte. Wie die neue Verwaltungsform der ehemaligen Republiken gestaltet wird, läßt sich zur Zeit noch nicht genau bestimmen. Jedemfalls sind die Bedingungen für die Buren doch derartig günstig zu nennen, daß man in die Verheerungen der Enttäuschung, die von mancher Seite laut wurden, nicht einstimmen braucht. Es ist ein ehrenvoller Friede, den die tapfere Gadaa sich doch noch errungen hat, und ein Friede, der den Burenstamm, die kräftige Rasse, nicht nur zu erhalten gestattet, sondern ihr auch Ausbreitungsfreiheit gewährt. Und England, das sich ihres augenblicklichen endlichen Erfolges mit dem Holländerstamm nicht zu rechnen haben. Ohne Zweifel werden die Eltern von dem Rechte Gebrauch machen, ihre Kinder die holländische Sprache in den Schulen erlernen zu lassen. Und das dies Volk niemals im englischen Reich aufgehen wird, dafür bürgt uns seine beispiellose Zähigkeit, mit der es den Kampf geführt. Die spätere Geschichte wird volle Aufklärung über die dunklen Vorgänge vor Labyrinth geben; sie wird auch erklären, warum die Buren ihre großen Siege am Zugelassen und am Spionstab nicht ausgenutzt haben; eine Verfolgung des geschlagenen Feindes, nur ein energisches Nachdrücken auf die völlig erschütterte englische Position hätte vielleicht dem Kriege eine ganz andere Wendung gegeben! Eines muß zugegeben werden: Die wirtschaftliche Erschließung des Landes wird unter Englands Herrschaft eine bedeutendere und rasendere werden. Den Krieg und seinen Frieden nur von rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, muß mit dem Ausgang zufrieden sein. Die Buren werden von ihren Besiegten das, was ihnen gerade hierin fehlte, lernen; und nachher, sie haben keinen schlechten Lehrmeister gefunden! Ob der Tag der politisch-nationalen Vergeltung für die Buren noch einmal kommen wird? Ob der Gedanke an eine Wiedergeburt von Maja-ba-Hill im Herzen der Kinder und Enkel von den Vätern und Großvätern weitergewirkt werden wird? Nun, freuen wir uns mit aller Macht, die nicht mit Unrecht jetzt eine Besserung des Weltmarktes und Erleichterung des allgemeinen wirtschaftlichen Druckes erwartet, daß die blutigen Kämpfe ein Ende haben. Denken wir an die Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern, in denen der Jubel keine Grenzen hatte, in denen die englischen Generale mit gleichen, eifrigeren Freuden ausbrüchen empfanden wurden wie die Burenführer, als sie das ersehnte Wort verkündeten: Der Friede ist wieder gekommen! Kn.

Deutsches Reich.

Gesetz- und Verordnungsblätter.

* Der Kaiser hat dem General-Intendanten Grafen v. Hochberg Kreuz und Stern der Komture des Königl. Hausordens von Hohenzollern verliehen.
* Auf die von dem Staatssekretär des Reichs-Marineministeriums erhaltene Meldung über die Eröffnung der Schantung Eisenbahn bis Beijing ist das nachstehende Telegramm vom Kaiser eingegangen:
Neues Palais, den 1. Juni 1902.
Ich habe mich über Ihre Meldung von der Eröffnung der Eisenbahn nach Beijing sehr gefreut. Möge diese Bahn dazu beitragen, im Hinterland von Singtau den deutschen Unternehmungsgeist und Reich weitere Abzweigungen zu erleichtern.
gez. Wilhelm I. R.

* Ueber das Vorgehen des Königs von Sachsen lautet das neueste Bulletin aus Sibirien von gestern nachmittags 4 Uhr: „Se. Majestät der König hat den größten Teil des Tages ruhig geschlafen. Die benachbarten Gerichtsinstanzen von Seiten des Königs sind bis jetzt nicht weitergefahren. Der Puls ist bedeutend und nicht ganz regelmäßig.“ Dr. Stieber, Dr. Selle, Dr. Hoffmann.“

Die Verhandlungen der Zolltariffkommission

bedenken sich sehr lang aus und es ist interessant, sich darüber klar zu werden, welche Faktoren hieran die Schuld tragen. Gewiß nehmen die Neben der Sozialdemokratie zu ihren Ansprüchen auf Zollfreiheit bei jeder Position einen geronnenen Theil in Anspruch. Gewiß ist das, wenn auch in erheblich geringerem Maße, bei den Vordrängen auf Wiederherstellung der bestehenden Zollfälle der Fall, wie sie von freireichlicher Seite gestellt werden, aber man wird zugeben müssen, daß das eine unbedingte Nothwendigkeit ist. Die Zolltariffkommission hat man doch nicht ohne Grund; obwohl die Mehrheit doch in den meisten Fällen thut. Aber in ganz unglücklicher Weise werden die Verhandlungen in die Länge gezogen durch Vordräge auf Fälle oder Zoll-erhöhungen, wie sie gerade von nationalliberaler Seite gestellt werden. So nahm gestern die Verhandlung bei dem Antrage der Nationalliberalen auf einen Zoll aus Zuckersorbit, der übrigens auch von den Abg. Krenb, Lotocha und Guebel unterstützt war, mehr als drei Stunden in Anspruch. Ein solcher Zoll, der unsere Ausfuhr auf das Erntefeld gefährdet, gegen den ein erheblicher Theil der deutschen Zuckersorbitfabriken energiglichen Widerspruch erhebt, würde die Landwirtschaft mit vielen, vielen Millionen belasten. Nichtsdestoweniger traten außer den Unterzeichnern des Antrags auch noch die Konventionen und Freireichlichen für denselben ein, und der Abg. Dr. Bredichhohn stimmte gestern zwar noch gegen den Zoll, ließ aber deutlich erkennen, daß er unter Umständen in der zweiten Lesung für diesen Zoll einsetzen würde. Die Gründe sind sehr durchsichtig. Der Bund der Landwirthe besteht von der Verkauf-Vereinigung der Zuckersorbitfabriken eine sehr stattliche Produktion, von der er seinen Abnehmern herabsetzt wenig zu Gute kommen läßt, die aber seiner Rasse für Agitationszwecke reichliche Mittel zuführt. Wie hoch diese Produktion sei, weiterte sich Herr Dr. Gahn auszugeben, und man ist das Gefühl, wie hoch die Produktion für den Bund ausfallen soll, falls der Zoll durchgeht, noch nicht bekannt; natürlich verlangt Herr Dr. Gahn dann mehr wie heute. Aber bis zur zweiten Lesung dürfte es verfehlt werden. Im übrigen wurde gestern noch der Zoll mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Aus der Zudersteuer-Kommission.

Die Kommissionsberatungen über die Zudersteuerentwürfe und die Zudersteuer haben gestern bereits ihr Ende erreicht, so daß der zweiten Lesung im Plenum am Montag nichts mehr im Wege steht. Die Konvention ist mit 19 gegen 9 Stimmen angenommen worden, wobei allerdings zu bemerken ist, daß das gegenwärtige Wort des vollstehenden Abg. Hoffmann-Gall auf einem Mißverständnis beruht. Wirkliche Gegner waren lediglich die Deutschkonventionen, der Antiteil und vom Centrum die Abg. Bingen und Müller-Hulba. Bei diesem Stimmverhältnis ist die Annahme der Vorlage im Plenum vollkommen gesichert. Auch der Beschluß der Kommission, die Zudersteuer zunächst auf 12 und für später auf 10 M. herabzusetzen, bildet kein Hindernis für die Verhandlungen, da mit Sicherheit darauf zu rechnen ist, daß im Plenum die erforderliche Majorität für den auch von der Regierung als annehmbar erachteten Satz von 14 M. vorhanden sein wird. Möglicherweise steht auch die mit 16 Stimmen beschlossene Kontingierung der Zuderproduktion im Plenum nicht aufrecht erhalten.

Den Sodaerinfabriken ist das Urteil gefallen; sie werden ausgesetzt und dem Bundesrat bleibt es überlassen, einem oder mehreren Sodaerinfabrikanten den weiteren Betrieb zu gestatten. Sodaerinfabrikant wird künftig in der Regel nur noch in den Wpohfen verabsagt werden. Die Zuderindustrie waren offen genug, zuzugeben, daß die Vernichtung der Sodaerinfabrikation als Konkurrenzschädlicher erfolgt.

Politische.

* Das „Lassan-Bureau“ weiß aus London von einer in Aussicht genommenen Reise des deutschen Kronprinzen nach Südamerika zu melden. Danach berichtet die „Frankfurter Daily Post“, Kaiser Wilhelm im ermögden Gebanhen, den Kronprinzen auf eine Feiertagreise nach Südamerika zu senden, wogin ihn ein herzoglicher General und ein kleines Gefolge begleiten sollen. Einer der Zwecke dieser Reise ist, die von den beiden Gegnern in dem sechsen beendigten südatlantischen Kriege angewandten Methoden, sowie die Wirkungen von Territorialverträgen auf die Strategie zu studieren. — Die Meldung ist mit der allergrößten Vorsicht aufzunehmen.

* In Bundesratskreisen nimmt man an, daß eine Stellungnahme des Bundesratsplenums zu dem vorgeschienem Reichstag angenommenen Toleranzantrag vor den Sommerferien kaum zu erwarten sei. Außer Sachen werden voraussichtlich noch andere Bundesstaaten dem Gelegenheitswort ihre Zustimmung verweigern.
* Der offiziell bediente „Samb. Korresp.“ demontirt die Nachricht von einem unmittelbar bevorstehenden Rücktritt des Eisenbahnministers. Das Blatt schreibt weiter: „Es scheinen gewisse Parlamentarier ein besonderes Interesse an der Rücktritt zu haben, indessen können wir versichern, daß weder Herr v. Bredichhohn noch der mehrfach genannte General-Schubart als Kandidaten für die Nachfolgerschaft in Betracht kommen dürften. Der kommende Mann“ dürfte wohl mit Sicherheit im Eisenbahnverbot selbst zu suchen sein, indessen hat das Buchen noch gute Wille. Herr v. Bredichhohn ist sich hoffentlich noch lange so guter Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit, wie er es gerade gegenwärtig thut.“

Wirtschaftliches.
* Am merkantilistischen Handel beteiligte Hamburger Firmen hielten gestern eine Versammlung ab und riefen zur



Wahrung gemeinsamer Interessen einen Verein ins Leben, den den Namen Verein westfälischer Baukultivisten führt. Dem Verein traten sofort 25 neue an, an diesem Sonntag beteiligten Firmen Hamburgs und Bremens etc.

* Die Handwerkskammer von Hamburg-Gotha bezieht einstimmig die Anfrage der Regierung über die Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises für das Baugewerbe.

Parlamentarisches.

* In der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Gesetzes über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst (Abg. Müller, Dr. v. Hammerstein mit) hat der Senat des Landtags für Ende nächster Woche in Aussicht genommen sei.

* Die Kommission des Abgeordnetenhauses für die Vorbereitung zum höheren Verwaltungsdienst beschloß einstimmig, die Verhandlung jetzt abzubrechen. Der Minister des Innern und der Finanzminister hatten den Wunsch geäußert, daß, wenn auch an das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu denken sei, doch über einige neue Vorzüge, Abänderung des Vorbereitungsdienstes bei Juristen und des obligatorischen Vorbereitungsdienstes bei bestimmten Verwaltungsschritten und Aufnahme von Frauen in den Verwaltungsdienst verhandelt werde, um der Regierung eine Unterlage für die Vorlage im nächsten Jahre zu geben.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Die im Reichsjournal während der letzten Tage abgehaltenen Sachverständigenberatungen über den Beschleunigungsvortrag sind gestern zu Ende geführt worden.

Arbeiterbewegung.

Die Zahl der in Hamburg ausgesperrten Hausarbeiters betrug gestern über 4000. Fast alle Bauten ruhen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung vom 6. Juni, 12 Uhr.

Am Ministertisch (Abg. v. Hammerstein u. a.) zunächst wurde das vom Geheimrat, betreffend die Bildung von Gesamtkomitees der evangelischen Kirche des Provinzialbezirks Rassel in zweiter Lesung ohne Debatte an.

Es folgte die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Uebernahme der Verwaltung der Main-Weidach-Bahn durch die preussische Staatseisenbahn.

Der Gesetzentwurf wird gleichfalls ohne Debatte in dritter Lesung definitiv angenommen, ebenso der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken.

Sodann nimmt das Haus den Gesetzentwurf betreffend die Bildung von Gesamtkomitees in der evangelischen Kirche des Provinzialbezirks Rassel in dritter Lesung definitiv ohne Debatte an.

Es folgte die Beratung folgenden Antrags Dr. Barth (fr. Wg.) und Dr. Wiemer (fr. Wg.):

Die Staatsregierung zu erlauben, eine Abänderung des Gesetzes vom 27. Juni 1860, betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten und des Oberhauses vom 17. Mai 1867, betreffend das in den letzten 40 Jahren eingetretene Verhinderung der Bevölkerung, in die Wege zu leiten.

Abg. Dr. Barth (fr. Wg.) erklärt, viele politische Freunde würden diesen Antrag immer wieder stellen, so lange, bis diese Wünsche endlich befragt würden. In Bayern ist man heute auf Antrags der Regierung eine Veränderung der Landtagswahlbezirke vorgenommen, obwohl dort nicht so starke Veränderungen stattgefunden hätten, wie in Preußen. Darum müßte das Centrum in Preußen auch für eine ähnliche Veränderung sein. Für jede Wahlbezirk müßte die Zahl von 80,000 Einwohnern zu Grunde gelegt werden. Eine Konvention der jetzt noch losen Landtags ist nur der großen Sonntags- und Vorkostenzeit zu verdanken. Berlin, das nur 9 Abgeordnete stelle, zahle mehr Steuern, als die 140 konstanten Wahlbezirke zusammengeben. Die Leistungsfähigkeit komme also auch nicht in der Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses zum Ausdruck. Dasselbe vertrete nicht die Wünsche der Wähler, die bei der Wahl nicht imstande sind, sich an der Wahl zu beteiligen. Die Wahlbezirke müßten abgeändert werden. Würde man einmal ein Referendum, eine Volksabstimmung über die Kanalarbfrage stattfinden lassen, so würde diese eine erdrückende Majorität finden. Das beweist am besten, wie notwendig eine Reform unserer Wahlbezirke ist, und wer für Freiheit, Freiheit und Recht ist, der ist auch für eine Reform einsetzend.

Abg. Feigen (fr. Wg.) Die Gründe, aus denen wir gegen den Antrag Barth stimmen, haben wir schon im vorigen Jahre genannt; es erübrigt sich, sie heute zu wiederholen. Es ist gerade heute am wichtigsten angebracht, die Gegenüber zwischen Stadt und Land noch weiter durch solche Anträge zu verwickeln. Wir lehnen den Antrag Barth ab.

Abg. v. Voelck (fr. Wg.) erklärt sich gleichfalls gegen den Antrag.

Abg. Voelke (fr. Wg.): Die Größe einzelner Wahlbezirke erwidert das Wahlgebiet ganz ungenügend. Die Bezirksbeziehung ist eine ganz willkürliche. Bei ernstlichen Wahlen, wo mehrere Parteien sich gegenüberstellen können es in solchen Wahlbezirken vorzukommen, daß der Wahlmann unter 30 Stimmen hindurch wählt. Einen Wahlkommissioner zu finden, der solchen Aufgaben auch nur pflücht gewachsen sei, würde kaum zu finden sein. Seine Freunde würden daher für den Antrag stimmen.

Abg. Wiemer (fr. Wg.): Unser Antrag entspricht den Forderungen der Billigkeit und Gerechtigkeit. Genügt ist die Forderung einer oerorden Eintheilung der Wahlkreise nicht unser Ideal einer Wahlreform, sondern nur der Anfang dazu; wir fordern auch für die Landtagswahlen die Einführung des Reichswahlgesetzes. Mehr noch müßte es in den letzten 14 Jahren der Eintheilung der städtischen Bevölkerung zuzuschreiben werden. Wir bedauern es, daß die Mehrheit des Hauses sich auch heute nicht entschließen kann, unserem Antrag zuzustimmen, wir bedauern namentlich die Haltung des Centrums. Das bairische Centrum stellt sich zur Frage der Wahlreform ganz anders als das westfälische. Das bairische Centrum will in ihrem abliegenden Standpunkt beharren, ruudert nicht nach; sie sind im Recht und sie glauben im Recht zu sein, aber auf die Dauer werden sie den Fortschritt der Zeit nicht aufhalten können. Wenigstens sollte die Regierung sich diesem Antrage gegenüber nicht ablehnend verhalten. Das heißt in ihrem eigenen Interesse, die Majorität der vorliegenden Majorität machen. Der innere Minister des Innern Dr. v. Rosenbach hat es abgesehen, sich zu unserem Antrage zu äußern. Welche Stellung nimmt der jetzige Minister ein? Wir geben uns keinen Hoffnungen über den Erfolg unseres Antrages hin, die Mehrheit gegen denselben steht im hohen Maß, aber der Gerechtigkeit entspricht er doch.

Abg. v. Jolly (fr. Wg.): Schlechte Gründe werden nicht mehr durch Wiederholungen, auch wenn man sie mit hohem Pathos vorbringt. (Chor links) Das richtige wäre es, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Von sachlich zu überlegen, liegt ihm zu viel Ewig an ihm. Das Schwere

des Winkels ist durchaus berechtigt, wir werden den Antrag ablehnen.

Damit schließt die Debatte.

In seinem Schlusswort wendet sich

Abg. Dr. Gumboldt (fr. Wg.) gegen das Centrum. Der Antrag ist in dritter Lesung an die Tagesordnung gesetzt worden. Das Centrum nicht annehmen können. Die Mehrheit, die fort und fort über Sparmaßstäbe, über ihre keine Parität. Hier aber handelt es sich um ein Recht für diejenigen, die die Wünsche des Vaterlandes im Hinblick auf die Freiheit und dem Centrum. Seine Freunde konnten mit dem Inhalt der Debatte zufrieden sein, denn sie seien, wie Gumboldt die Gegner sind. (Beifall links, Lurche rechts.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der National-liberalen, beider freisinnigen Parteien und der Polen abgelehnt.

Es folgt der Kommissionsbericht über den Antrag der Abg. v. Voelck und Gen. betr. die fiskalischen Wegebauverpflichtungen in der Provinz Sachsen.

Kamens der Kommission beantragt

Abg. v. Voelck (fr. Wg.) nach einem Ueberblick über die Entstehungsgeschichte des Antrages, die Staatsregierung zu erlauben:

1. dafür Sorge zu tragen, daß hinsichtlich der bisher vom Staat ermittelten wegebaulichen Verpflichtungen im Bereiche der Wegebauverwaltung für die Provinz Sachsen vom 11. Juni 1871 von allen Jüngern der Staatsverwaltung zu verfahren wird, wie für die Staatsverwaltung von dem Kommissionsmitglied v. Voelck im öffentlichen Verlehen in der Sitzung der Kommission am 27. Mai 1902 angegeben worden ist;
2. für den Fall, daß es dieses Verlehen mit den Bestimmungen der Wegebauverwaltung für die Provinz Sachsen nicht erlaubt in Entlassung bringen zu können, eine Abänderung der Wegebauverwaltung in Aussicht zu nehmen und einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Landtage in seiner nächsten Sitzung vorzulegen.

Die oben erwähnte, schon früher mittelgeleitete Erklärung des Regierungsrates des Reichs nach lautet:

Der Verlauf und das Ergebnis des obz. Erkenntnis und Auftrags der Central in Paris eingeleiteten Verwaltungs-Verhandlung in Betreff der Wegebauverwaltung für die Provinz Sachsen und der Uebertragung derartiger Verpflichtungen auf Kommunalverbände hien. Nach wie vor werden die betriebsmäßigen Verpflichtungen des Staates von diesem erfüllt und gegen Entschädigung auf kommunale Verbände im Wege der Abtretung an übertragen zu werden. Die Kommunalverbände der Provinz Sachsen werden mit Anweisung dahin versehen werden, daß sie nicht ohne Zustimmung des Ministers der öffentlichen Arbeiten die Erfüllung wegebaulicher Verpflichtungen, die ihnen von der Staatsverwaltung anvertraut sind, erfüllen oder deren Uebernahme seitens kommunaler Verbände im Verwaltungsstreitverfahren in Anspruch nehmen.

Der Kommissions-Vorbericht wird ohne Besprechung angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition des Verbandes katolischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands an die Regierung, der den in dem vorliegenden anstehenden Vermögensgegenstand wird nach dem Kommissionsantrage theils für ungeeignet erklärt, theils durch Uebertragung zur Tagesordnung erwidert, nachdem ein Antrag (Abg. v. Voelck) die Petition an die Kommission zurückzuweisen, als erledigt zu betrachten.

Eine Reihe von Petitionen um gesetzliche Regelung der Besoldungen der Lehrer, Lehrer und Lehrkräften an den öffentlichen Mittelschulen und höheren Mädchenschulen beantragt Abg. v. Jolly (fr. Wg.) mit Rücksicht auf die vorgeschriebene Zeit von der Tagesordnung abzusetzen.

Das Haus hat den Antrag angenommen.

Das Haus verlegt sich.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Dritte Lesung der Polenvorlage, kleinere Vorlagen und Petitionen).

Schluss 5 Uhr.

Ausland.

Das Präsidium der Kammer Frankreichs.

Bei der endgültigen Wahl des Präsidiums der Deputiertenkammer in Paris wurde Bourgeois mit 326 von 503 Stimmen, bei 106 Stimmenthalungen, zum Präsidenten gewählt. Die Kammer wählte sodann zu Vicepräsidenten Etienne, Maurice Bourc, Roussel und Guillaud.

Der Vizepräsident erklärte, daß er im Prinzip geneigt sei, das Finanzdepartement zu übernehmen. Er müsse jedoch vorher wissen, ob sein Programm die Billigung der zukünftigen Arbeiter Combes' finde. Auf alle Fälle könne er sich mit Einführung einer Einkommensteuer nicht einverstanden erklären. Wogegen das Finanzdepartement und Andre des Antrages angenommen. Der Vizepräsident hat keine Antwort vorzubereiten. Er hat aber zu verstehen gegeben, er sei bereit, das Ministerium des Auswärtigen beizutreten.

Subventionierte holländische Dampferlinien.

Die zweite Kammer in Holland hat mit 62 gegen 13 Stimmen eine Gesetzesvorlage angenommen, durch welche die Regierung zur Subventionierung eines niederländischen Dampferverkehrs ermächtigt wird, bezugs Unterhaltung eines monatlichen Dampferverkehrs nach niederländischer Sprache zwischen Java, China und Japan.

Englands Kredit.

Das Londoner Oberhaus nahm die zweite Lesung der Aufschubbill an. Im Laufe der Debatte sagte Viscount Gosden, der Erfolg der Anleihe und ihr hoher Kurs nach einem erdrückenden Kriege beleuchtet die außerordentliche Finanzkraft des Landes und zeigte, wie sich der Kredit des Landes und die Verwaltung seiner Finanzen gehoben hätten. Lord Salisbury bemerkte darauf, es sei unerwünscht, aus dem Munde eines so hervorragenden Autorität auf diesem Gebiete zu erfahren, daß die finanzielle Lage des Landes durch die Maßnahmen der Finanzverwaltung nicht beeinträchtigt, sondern vielmehr gebessert worden sei.

Zum Frieden in Südafrika.

Die Wiederlegung der Waffen durch die Buren scheint ohne Schwierigkeiten vor sich zu gehen. Richter meldet gestern aus Pretoria nach London, die Kommission in den verschiedenen Bezirken hat berichtet, daß am Donnerstag 1154 Mann die Waffen niedergelegt haben. Die Kommission hielten nach der Uebergabe auch Anträgen an die Buren, welche drei bezügliche (?) Kurtrags an den König anschräkten. Es belieben die beauftragten Beauftragten. Die „Heraltische der Kurtrags“ wäre wohl nur daraus zu erklären, daß die Buren einmal „besitzlich“ froh sind, zu ihren Familien und Farmen zurückzufahren. Weitere Meldungen aus Südafrika liegen zur Zeit nicht vor.

auf der Christlich Domet von Pretoria in Rede fort eingetroffen ist; er besuchte dort das Konzentrationslager und forderte seine Landbesitzer auf, England zu gehen, nach für gute Kolonien die Buren abgeben könnten. Der General und Grobler trafen sich gestern im Saal. Es beschloß Grund zur Ausnahme, daß die Niederländische Delegation genöthigt zwischen der Delegation und England vermittelte.

Nach glaubwürdiger Meldung aus der Umgebung Krugers ist der Präsident ein geborener Mann. Die Nachricht, daß sein Hof die Unabgängigkeit hat fallen lassen, hat ihn tief erschüttert. Er sieht sich von allen verlassen und sagt seine Meinung, nach Südafrika zurückzufahren. Es bleibt ungewiss, ob Kruger seinen hängigen Aufenthalt in Holland nimmt. Präsident Kruger äußerte: „Dies ist der härteste Schlag, der mich treffen konnte. Bei jedem Festhalten würden angesichts des gegenwärtigen Staubs der Kriegsoperationen die Burenführung die Unabgängigkeit durchgesetzt haben. Ich werde mein Leben in aller Stille und Abgeschlossenheit beschließen.“ — Es wird dem alten Dom Saul auch wohl nichts weiter übrig bleiben. Zu wünschen ist ihm ein ruhiger Lebensabend.

Die Verluste der Engländer im südafrikanischen Kriege betragen nach einer vom Kriegsministerium in London ausgegangenen Zusammenfassung an Todten 1072 Offiziere und 64,000 Mann, an kranken, verletzten, brennend blieben-unfähigen Einzelnen 6387, an Kranken verwundeten 69,057. Der englische Gesamtverlust beträgt also 97,477 Mann.

Schweiz.

Der internationale Textilarbeiter-Kongress nahm in seiner getrennten Sitzung eine Resolution an, welche sich für einheitliche metrische Gaummessung sowie für Befähigung des Arbeitsnachweises auspricht. Ferner stimmte der Kongress einem Antrage betreffend die Einführung eines einheitlichen Arbeitsnachweises für alle Arbeiter zu, sowie einem weiteren Antrage dahingehend, daß die Textilarbeiter bei politischen Wahlen nur für solche Kandidaten stimmen sollen, welche die Kongressentscheidungen resp. vertreten. Der Kongress wurde am 27. Mai geschlossen. Der nächste Kongress tritt im Jahre 1905 in Mailand zusammen.

Italien.

Nach einer Privatmeldung aus Rom wurde infolge eines heftigen Wortwiderles der italienische Minister des Innern Ricetti von dem Abgeordneten Bortorelli und Grandetti gefordert.

Ungarn.

Werkwürdige Gerüchte gehen immer wieder bezüglich des künftigen Ministeriums des Innern in Umlauf. Nach Mittheilungen, die aus Petersburg in Lemberg eintrafen, soll der Minister Spiropoulos bisher noch gar nicht besetzt worden sein, sondern sich in Freiheit befinden. Alle Meldungen von besten Berufung und Hinrichtung setzen eine Gründung der Polizei. — Diese Meldung ist denn doch jetzt die Zustände in der russischen Polizei zu hart.

Sibirien.

Die „Times“ russisch aus Peting vom Donnerstag, daß die britische Regierung in Sibirien mächtige Werke für die Verabreichung ihrer Güter, die in nächster Zeit in der Verabreichung der „Times“ weiter meldet, geht der Streit zwischen England und Russland um die Eisenbahnverträge in Sibirien einer fremdchristlichen Beteiligung durch den britischen und russischen Konsul entgegen, die beide bereit gewillt haben, den Schiedspruch Dringlich anzunehmen.

Universitäts- und Hochschulaufsicht.

— Der bisherige Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin Dr. Wilhelm v. der Osten ist zum außerordentlichen Professor in derselben Fakultät ernannt worden.

Wissenschaft. Kunst. Litteratur.

— Die feierliche Eröffnung der Kunstausstellung des Allertagesvereins fand gestern in Marburg statt. Der Großherzog hat, auf die Begrüßungsrede erwidert der Großherzog mit einer Ansprache, in welcher er die Nothwendigkeit der Pflege der Kunst und des Kunstsinnes hervorhob. — Göttingen vorhin bereitzte die Mannheimer Schillingen dem Großherzog und der Großherzogin eine Gedenktafel über 1800 Göttinger gegen jährlich 2000 Mark. Die Göttinger dabei, welche unter einem Baldachin vor dem Hauptportal des Schlosses Platz genommen hatten.

— Der Archivar Dr. Gustav Bach in Nürnberg ist von der kaiserlich österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien zum korrespondierenden Mitgliede ernannt worden.

— Hauptmanns „Wende“, die am 3. Juni im Centraltheater zum Ueberhaupt ersten Mal in Dresden durch Westhofen gegeben wurde, wurde sehr gut aufgenommen. Der erste Akt wurde ausgedrückt und wurden mit hübschen Details die bedeutendste Drama des deutschen Naturalismus anerkannt. Das Publikum stand ganz im Sinne eines hervorragenden Kunstwerkes, dessen künstlerischen Werth sich nur verborgener Parteinahme verheimlichen lassen kann. Das Stück wirkte auf ein reiches, kunstsinntiges Publikum erdrückend und durchaus nicht aufregend.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer zu Halle.

Halle, 6. Juni.

Aus Straßfurt vorgeführt und aus Hannover hiehergebracht war die uneheliche Friederike Finckhborn, angeklagt wegen schweren Diebstahls im Hin mit 3 Wochen, in demselben Falle mit 6 Monaten und 2 Wochen Gefängnis und hat jetzt eine ihr vom König Landgericht in Hannover aufzulegende Haftstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten zu verbüßen. Anfangs November d. J. war sie mit einem Manne Namens Steinbrecher nach Halle gekommen und hatte sich mit diesem verlobt. Wegen des Diebstahls im Hin mit 3 Wochen, in demselben Falle mit 6 Monaten und 2 Wochen Gefängnis und hat jetzt eine ihm vom König Landgericht in Hannover aufzulegende Haftstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten zu verbüßen. Anfangs November d. J. war sie mit einem Manne Namens Steinbrecher nach Halle gekommen und hatte sich mit diesem verlobt. Wegen des Diebstahls im Hin mit 3 Wochen, in demselben Falle mit 6 Monaten und 2 Wochen Gefängnis und hat jetzt eine ihm vom König Landgericht in Hannover aufzulegende Haftstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten zu verbüßen.

Der Bauschlichter Fritz Krorke hier hatte sich auf die Anträge wegen Vertrags im mehrfachen Rückfälle sowie wegen Unterschlagung im verurtheilt. Er sollte im vorigen Jahre betriebsgerichtlich zum Nachschleichen des Baumunternehmers Johann Meise hier, bei dem er in Stellung war, Gelder von dessen Kasse emsiges und unterschlagen haben, in ganzen 112 M. Den Betrag wollte er in Abrede und räumte nur die Unterschlagung von 60 M. ein. Sein übriges wollte er den

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seemete.

- 8. Juni: Sonnig, vielad wolfig, spärlich Strichwetter. Windig.
9. Juni: Warm, theils sonnig, vielad Regen und Gewitter. Stark windig.
10. Juni: Weniger warm, Gewitter und Regenfälle. Windig.
11. Juni: Veränderlich, normal temperirt.

Meteorologische Station zu Halle.

Table with 2 columns: Station Name and Date. Rows include Barometer, Thermometer, Wind, etc. for Halle and other stations.

Wahrum der Temperatur am 6 Juni: 21.0 C. Minimum in der Nacht vom 6 Juni am 7 Juni: 12.1 C.
Niedrigste am 7 Juni: 11.0 C.
Höchste am 7 Juni: 16.2 C.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

In der gestrigen Sitzung des Centralausschusses der Reichsbank wies Präsident Dr. Koch darauf hin, dass die Anspannung am Markt...

London, 6. Juni. Rohwolle stetig. Umsatz 3000 M. davon Amerikan. good ordinary Lianosan: Stett. Juni 4 1/2, do.
Manchester, 6. Juni. 20 Water Lays 5/4, 20 Water Long 6/3...

Metalle. London, 6. Juni. 3 Uhr nachm. Kupfer stetig. Tagesumsatz 400, 54 Pf. Sterl. 2 s. 6 d. 3 Monate 54 Pf. Sterl. 5 s. - d.
Zinn 120 Pf. Sterl. 7 s. 6 d. 3 Monate 54 Pf. Sterl. 10 s. - d.

Schiffsnachrichten. Bewegungen der Reichs-Post-Dampfer der Deutschen Ost-Afrika-Linie. General, auf Heimreise, 3. von Darban,
Präsident, auf Heimreise, 4. in Sanobar, Kaiser, auf Heimreise, 4. von Port Said, Reichstag, auf Ausreise, 4. von Sanobar.

Berliner Börse vom 6. Juni.

Table with columns: Name, Price, Change. Includes sections for Bank-Disconto, Deutsche Fonds-u. Staatspap., and Ausländische Fonds.

Table with columns: Name, Price, Change. Includes sections for Bergwerks- u. Hütten-Ges., Eisenbahnen, and Schiffahrt.

Table with columns: Name, Price, Change. Includes sections for Bergwerks- u. Hütten-Ges., Eisenbahnen, and Schiffahrt.

Table with columns: Name, Price, Change. Includes sections for Bergwerks- u. Hütten-Ges., Eisenbahnen, and Schiffahrt.

Table with columns: Name, Wohnort, Anisierungs-Termin, etc. Includes entries for A. Steinberg, C. Cohn, M. Schmidt, etc.

Getreide, Mühlen-Ergebnisse u. w. New York, 6. Juni. [Teleg.] Kothler Wipserweizen loco 73 1/2 (vorige Notirung 73 1/2).
Chicago, 6. Juni. [Teleg.] Weizen Juli 71 1/2 (71 1/2), September 70 1/2 (70 1/2), Dezember 70 1/2 (70 1/2).

Table with columns: Name, Price, Change. Includes sections for Eisenbahnen, Eisen-Prior.-Oblig., and Eisenbahnen-Stamm-Aktion.

Table with columns: Name, Price, Change. Includes sections for Eisenbahnen, Eisen-Prior.-Oblig., and Eisenbahnen-Stamm-Aktion.

Zucker. London, 6. Juni. 9500 Zucker loco 7 1/2 nom. Rübenzucker loco 10 1/2.
Hamburg, 6. Juni. Kaffee rubli Umsatz 2000 Sack.
Hamburg, 6. Juni. (Vormittagsbericht.) Good average Santos Jan. 35.00, Sept. 29.25, Dez. 30.00, März 30.75, G. Hauptst.

Industrie-Aktion. Aachen-Maschricht. 117 1/2, 120.00.
Aachen-Maschricht. 117 1/2, 120.00.
Aachen-Maschricht. 117 1/2, 120.00.

Table with columns: Name, Price, Change. Includes sections for Eisenbahnen, Eisen-Prior.-Oblig., and Eisenbahnen-Stamm-Aktion.